



# Interviews

**Datum: 9. August 2023**

**Uschi Eid, Präsidentin der Deutschen Afrika-Stiftung, im Gespräch mit Moritz Küpper**

**Küpper:** Fast zwei Wochen ist es nun her, da putschte das Militär im Niger, übernahm die Macht im Land. 26 Millionen Menschen leben ja dort, zumeist in bitterer Armut. Ende Juli wurde also der demokratisch gewählte Präsident entmachteter, die Verfassung außer Kraft gesetzt. Nun haben die Militärs einen neuen Ministerpräsidenten benannt, gegen den Willen der Anrainer-Staaten, der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS. Diese wollte erreichen, dass der einstige gewählte Präsident wiedereingesetzt wird, andernfalls mit Gewalt gedroht. Doch das Ultimatum, es verlief einfach im Sande. Am Donnerstag, also übermorgen, kommt die Staatengemeinschaft ECOWAS nun wieder zusammen, parallel laufen diplomatische Bemühungen. Und am Telefon ist nun Uschi Eid, einst grüne Bundestagsabgeordnete, parlamentarische Staatssekretärin, erste Afrikabeauftragte des einstigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und seit 2015 ist sie Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung, einer gemeinnützigen Institution, die das Ziel verfolgt, die Beziehungen zwischen den afrikanischen Ländern und Deutschland zu intensivieren, guten Morgen.

**Eid:** Ja, guten Morgen.

**Küpper:** Frau Eid, ist es richtig, dass sich der Westen, Europa, die USA nun in diese Lage einmischen?

**Eid:** Das ist ganz schwierig, denn gerade hat ja auch Herr Detjen gesagt, dass es eine antiwestliche Stimmung gibt. Ich würde es vielleicht eingrenzen. Es ist vielleicht eher eine antifranzösische Stimmung. Deswegen ist es wichtig, dass wir, der Westen, dass wir uns zurückhalten und wirklich den Ball bei der afrikanischen Regionalorganisation ECOWAS belassen, denn die haben ja auch gleich reagiert, wenn auch die Drohung der militärischen Intervention dann nicht umgesetzt worden ist. Aber trotzdem sollten wir deren Bemühungen unterstützen und uns ziemlich zurückhalten.

**Küpper:** Macht die denn eine glückliche Figur? Wenn Sie schon sagen, sie setzt jetzt ein Ultimatum und lässt das dann einfach, ja, im Sande verlaufen?

**Eid:** Ja, das ist wirklich zweischneidig. Also, auf der einen Seite geben die Regularien der ECOWAS es durchaus her, dass die ECOWAS militärisch interveniert. Also, diese Interventionen sind ausdrücklich autorisiert und ausdrücklich sehen diese Regularien auch die Verhinderung von Umstürzen der verfassungsmäßigen Ordnung in Mitgliedsstaaten vor. Also, das heißt, rechtlich gesehen wäre dies möglich. Das Problem ist natürlich, dass die ECOWAS-Staaten selber militärisch nicht besonders stark sind, außer Nigeria. Nigeria hat ja eine sehr große Armee. Aber selbst in Nigeria gibt es Stimmen, die gegen eine Militärintervention sind. Also, speziell der Senat, der nigerianische Senat, hat ja dagegen gestimmt. Und insofern gibt es da durchaus Blockaden, auch innerhalb von ECOWAS. Deswegen glaube ich, dass wenn die ECOWAS-Staats- und Regierungschefs morgen zusammentreten, dass die eher nach einer diplomatischen Lösung suchen werden.

**Küpper:** Rechnen Sie denn da mit Ergebnissen?

**Eid:** Es ist so, dass Westafrika schon ja seit langem geschüttelt wird durch Putsche und durch Bürgerkriege. Und da haben auch immer wieder westafrikanische Politiker sich eingemischt und haben sich eingesetzt in Versöhnungsverhandlungen. Und da gibt es eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die durchaus das Kaliber haben, das Ansehen haben, da produktiv sich einzumischen. Hinzu kommt natürlich auch – das sollte man vielleicht nicht vergessen –, dass gerade vorgestern die Junta im Niger einen Ökonomen eingesetzt haben als Ministerpräsidenten, der eigentlich auch in der Region und international bekannt ist. Der war schon sehr lange Finanz- und Wirtschaftsminister, sodass das vielleicht auch ein Zeichen ist, dass man Zivilisten in die Regierung einsetzt und damit vielleicht auch Brücken bauen kann zu den ECOWAS-Staaten.

**Küpper:** Aber macht das jetzt nicht gerade die Lage noch komplizierter? Sie haben ohnehin schon gesagt, es ist schwierig, sich da zu positionieren, aufgrund der Vergangenheit, aber auch aufgrund der aktuellen Lage. Es gibt ja zudem jetzt noch die Forderung vonseiten Malis und Burkina Fasos, zwei Militärregierungen, ja, die selbst

geputscht haben, aber aus der Nacht, sich nicht einzumischen. Sie sind damit zum UNO-Sicherheitsrat gegangen. Also, bilden sich da jetzt schon Lager?

**Eid:** Ja, das ist ja auch das Grundsatzproblem, dass natürlich durch diese Putsche ECOWAS auseinanderzubrechen droht. Und es war ja bisher doch eine sehr gute Regionalorganisation, die ja nun ursprünglich auf wirtschaftliche Entwicklung gesetzt hat. Aber wir sehen auch, dass natürlich die Länder, in denen jetzt geputscht worden ist, wie Mali, Burkina Faso, Niger, das sind ja die allerärmsten Länder in der Region. Also, Niger ist das zweitärmste Land auf der Welt. Und insofern sind die ... an sich die wirtschaftliche Situation, die Armutssituation in den Ländern sind eigentlich meiner Meinung nach die wesentliche Ursache dafür, dass geputscht worden ist, weil die zivilen Regierungen es nicht geschafft haben, trotz guter wirtschaftlicher Kooperation zum Beispiel mit der alten Kolonialmacht Frankreich, trotz dieser wirtschaftlichen Kooperation nicht die Wirtschaft im eigenen Lande voranbringen konnten und die Lebensgrundlagen der Menschen sich überhaupt nicht verbessert haben. Das sind die tieferliegenden Probleme und nicht die Anlässe, die jetzt zu diesen Putschen geführt haben.

**Küpper:** Aber waren das damit nicht indirekt dann auch Putsche gegen diesen westlichen Einfluss?

**Eid:** Ja, das muss man schon sagen. Also, die Länder zeigen oder diese Putsche haben gezeigt, wie tief die Spuren von Frankreichs einstiger Kolonialpolitik sind. Das geht im Niger ... Herr Detjen hat ja diese zivilgesellschaftliche Organisation genannt, die werfen ja auch der nigrischen Regierung vor, Vasallen von Frankreich gewesen zu sein. Also, hier gibt es eine tiefgreifende Aversion gegen Frankreich, weil einfach die ganzen Geschäfte, also auch mit ... ich meine, Uran ist ja das hauptsächlich Exportgut nach Frankreich. Frankreich importiert ein Fünftel seiner Uranbedarfe aus dem Niger. Alles das hat nicht dazu beigetragen, dass sich die wirtschaftliche Lage im Niger verbessert. Und insofern wird natürlich auch diese antiwestliche Stimmung von einigen Leuten benutzt, um möglicherweise auch, ja, die Stimmung gegen die Zivilregierungen aufzuputschen. Das kann natürlich auch in anderen Ländern noch passieren. Aber auch natürlich die Möglichkeit eröffnen, dass Russland immer mehr in diese Region eindringt. Ich meine, Wagner-Soldaten ...

**Küpper:** Sind oder sollen schon präsent sein.

**Eid:** Zumindest sind sie in Mali kontaktiert worden. Ja, also, von der Militärjunta aus Niger sind ja Vertreter nach Mali gereist und haben dort höchstwahrscheinlich die Wagner-Leute getroffen und mit denen dann auch unter Umständen über Kooperationen geredet. Also, Russland ist im Moment, was wir lange nicht im Blick hatten, ein Konkurrent in dem Sahel-Gebiet. Man hat ja früher immer mehr auf China geschaut, weil China eigentlich der Konkurrent war auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber militärisch ist Russland auf dem Vormarsch in Afrika.

**Küpper:** Aber, Frau Eid, vor dem Hintergrund genau, was Sie gerade alles recht ausführlich und detailliert skizziert haben, ist es da nicht kontraproduktiv, wenn sich der Westen, wenn sich die USA, Frankreich, aber vielleicht auch Deutschland jetzt dort dann weiter einmischen?

**Eid:** Einmischen sollten wir nicht. Wir sollten aber schauen – und deswegen halte ich es auch für richtig, dass zum Beispiel in Mali die Ministerin Schulze ja beschlossen hat, dass man mit der Bevölkerung, also im Kleinen, auf der lokalen Ebene weiter kooperiert. Das halte ich auch für richtig. Aber nicht natürlich sich offen einmischt, sondern dann auch vielleicht sehr, ich sage mal so, seine Kanäle nutzt, die nicht in der Öffentlichkeit dann auch gesehen werden.

**Küpper:** Sagt die Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung über die Lage im Niger. Uschi Eid, vielen Dank.

**Eid:** Gerne.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*